



Kooperationsvereinbarung

Rot-Grün

in Braunschweig

Kooperationsvereinbarung Rot-Grün in Braunschweig

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihre rot-grüne Ratsmehrheit für eine Kooperation in der beginnenden XX. Wahlperiode des Rates der Stadt Braunschweig nutzen, um größere und langfristig angelegte Projekte auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu seit Oktober 2021 in den folgenden fünf Arbeitsgruppen und Themenfeldern die vorliegende gemeinsame Kooperationsvereinbarung erarbeitet:

- Soziales, Kinder, Jugend, Familie und Gesundheit
- Stadtplanung, Verkehr und Umwelt
- Sport, Ordnung und Kultur
- Wirtschaft, Energie und Digitales
- Haushalt und Finanzen

Die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Umsetzung mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen in der XX. Wahlperiode des Rates 2021 bis 2026 absichern und jeweils die Haushaltsmehrheit sicherstellen. Sie wollen außerdem in geeigneter Weise die integrierte Bearbeitung der Themen im Verwaltungshandeln vorantreiben und Bürger*innenbeteiligung weiter professionell stärken.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beginnen eine neue Phase der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die bisherige Zusammenarbeit werden wir vertrauensvoll weiterentwickeln und ausbauen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten werden gemeinsame Arbeitsstrukturen sowie ein Gremium der Konsensfindung definiert und eingerichtet.

Inhalt

Themenfeld Soziales, Kinder, Jugend, Familie und Gesundheit	5
Bildung und Schule	5
Kinder und Jugend	7
Soziales und Gesundheit	7
Themenfeld Stadtplanung, Verkehr und Umwelt	11
Stadtentwicklung	11
Verkehrsplanung	12
Umwelt- und Klimaschutz	14
Themenfeld Sport, Ordnung und Kultur	16
Kultur	16
Ordnung und Feuerwehr	17
Sport	18
Themenfeld Wirtschaft, Energie und Digitales	20
Wirtschaft	20
Digitalisierung	21
Energie	21
Haushalt und Finanzen	23

Themenfeld Soziales, Kinder, Jugend, Familie und Gesundheit

BILDUNG UND SCHULE

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen das Ziel, in Braunschweig auch weiterhin eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Angebotsstruktur im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung sicherzustellen. Daher setzen wir uns für den im Zuge der Ausweisung neuer Baugebiete notwendigen Ausbau der Betreuungsangebote, die Sicherung des Rechtsanspruchs sowie eine kontinuierliche Verbesserung der Betreuungsqualität ein. Wir wollen die Angebotsquoten von bisher 102 % bei den über 3-Jährigen und 45 % bei den unter 3-Jährigen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen, dass bei der Kitabedarfsplanung soziale Faktoren eine stärkere Berücksichtigung finden. Wir wollen eine angemessene vorschulische Sprachförderung sowie eine quartiersbezogene Familienarbeit auch zukünftig sicherstellen. Dabei setzen wir uns für eine inklusive Betreuung von Anfang an ein und wollen diese auch durch den Einsatz von zum Beispiel heilpädagogischen Fachkräften sicherstellen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen eine Zwischenbilanz im Rahmen einer Bestandserhebung bei den Familienzentren vornehmen. Wir werden dabei insbesondere den quantitativen und qualitativen Bedarf an Familienzentren im Braunschweiger Stadtgebiet in den Blick nehmen und wollen Empfehlungen zum Ausbau oder zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Braunschweiger Familienkonzepts erhalten. Mit dieser externen Untersuchung wollen wir ein renommiertes Institut der frühkindlichen Bildung betrauen. Unser Ziel ist dabei eine Öffnung der Familienzentren nach außen in das Wohnquartier.

Unser Ziel ist es, die Betreuung der Kindergartenkinder durch ausreichende Fachkräfte auch qualitativ sicherzustellen. Daher wollen wir dem Fachkräftemangel insbesondere in diesem Bereich entgegentreten und Beschäftigungsanreize unterstützen. Im Rahmen von Modell-Kitas wollen wir prüfen, ob durch den Einsatz von Verwaltungskräften eine Entlastung der Mitarbeiter*innen und damit eine Stärkung der pädagogischen Arbeit erreicht werden kann.

Wir wollen die quartiersbezogene Bedarfsplanung so anpassen, dass in sozial schwächeren Stadtteilen eine Optimierung der Angebotsstrukturen vorgesehen wird. Dabei wollen wir insbesondere die Raumkapazitäten betrachten und uns mit der Digitalisierung der Kinderbetreuungseinrichtungen befassen.

Ganztagsbetreuung an Schulen

Auch im Anschluss an die Kindergartenzeit brauchen Familien eine verlässliche Betreuung für ihre Kinder am Nachmittag und in den Ferienzeiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir alle Grundschulen in kooperative Ganztagsgrundschulen (KoGS) nach dem Braunschweiger Modell umwandeln und uns dafür einsetzen, dass der vorliegende Ausbauplan eingehalten werden kann. Wir wollen sicherstellen, dass ab 2026 stufenweise jedem Kind bei Bedarf ein Ganztagsplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Unser Ziel ist es, bis 2026 mindestens 80 % der Kinder ein ganztägiges Betreuungsangebot machen zu können. Bis 2029 wollen wir eine 100%-Quote erreichen, sofern der Bedarf dafür besteht. Wir setzen uns daher für die Schaffung von jährlich ca. 200 bis 300 zusätzlichen Plätzen ab dem Jahr 2022 ein; das Ziel sind zusätzliche 1200 Plätze in den fünf Jahren von 2022 bis 2026. In einem ersten Schritt wollen wir die Betreuung an den KoGS und die Schulkindbetreuung auf mindestens 15.30 Uhr ausdehnen. Neben der

Qualitätsverbesserung können wir so gewährleisten, dass in der Betreuung flächendeckend mindestens Halbtagsstellen geschaffen werden können.

Schulessen

Unser Ziel ist die Sicherstellung eines schmackhaften, gesunden Mittagessens in den Schulen unter Verwendung regionaler und saisonaler Produkte. Dabei streben wir an, dass Lebensmittel aus biologischem Anbau verwendet werden. Dazu wollen wir ein stadtweites Mittagessenkonzept erarbeiten unter Einbeziehung von Kriterien der Nachhaltigkeit sowie sozialen Kriterien.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen ein entsprechendes Konzept mit Unterstützung externer Expertise zeitnah erarbeiten. Dabei wollen wir auch prüfen, ob die Einrichtung einer Zentralküche zielführend sein kann.

Digitalisierung

Die Digitalisierung von Schule spielt eine immer wichtiger werdende Rolle auch für die Qualität des Bildungsangebotes unserer vielfältigen Braunschweiger Schullandschaft. Daher wollen wir eine vierte Fortschreibung des Medienentwicklungsplans, um unsere Schulen auch weiterhin zukunftsfähig aufzustellen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen alle Braunschweiger Schulen mit einem zuverlässigen internationalen WLAN-Standard ausstatten und den Schulen für jeden Unterrichtsraum ein interaktives Panel anbieten. Außerdem streben wir Verbesserungen und kreative Konzepte bei der Systemadministration für die Schulen an. Ferner setzen wir uns weiter dafür ein, allen Schülerinnen und Schülern, die digitale Endgeräte benötigen, diese zur Verfügung zu stellen. Dazu wollen wir eine stufenweise Ausgabe der Geräte und Möglichkeiten einer differenzierten finanziellen Eigenbeteiligung prüfen lassen.

Bildungsbüro

Alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt sollen die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Bildungsgerechtigkeit ist uns ein zentrales Anliegen. Daher wollen wir das Braunschweiger Bildungsbüro sowie die dort angesiedelte Schulbildungsberatung fortführen und weiterentwickeln.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Die erfolgreiche Arbeit des Bildungsbüros wollen wir mit einem Antrag im Bundesprogramm Bildungskommunen unterstützen. Über das Bundesprogramm wollen wir das Bildungsbüro um eine Stelle zur Förderung von Nachhaltigkeitsprojekten an Schulen ergänzen.

Außerdem wollen wir die Zielgruppen der Schulbildungsberatung um bildungsbenachteiligte Familien mit Kindern, die demnächst in die 5. Klasse kommen, erweitern, damit deutlich mehr Beratungsangebote vor Ort im Quartier ermöglicht werden.

Schulsozialarbeit

Die Schüler*innen sollen durch den Einsatz von Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulformen Unterstützung bekommen können. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach Corona, in der gerade Kinder und Jugendliche auf vieles verzichten mussten und dadurch zum Teil massive Benachteiligungen sowie psychische und gesundheitliche Verschlechterungen erfahren haben.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen das schon beschlossene Ausbauprogramm, wonach mindestens zwei Schulsozialarbeiterstellen pro Jahr geschaffen werden, beschleunigen und setzen uns dafür ein, dass der jährliche Stellenausbau nach Möglichkeit verdoppelt wird.

KINDER UND JUGEND

Kinder- und Jugendarbeit sowie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche brauchen nicht nur gute Bildungsangebote, sondern auch ein breites Spektrum an offenen Angeboten, um jenseits von Schule und Elternhaus Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung zu haben. Wir wollen die bestehenden Jugendzentren erhalten und sehen im Zuge neuer Baugebiete auch weitere Jugendzentren vor. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche früher und stärker im Rahmen von Beteiligungsformaten mitsprechen und ihre Stadt gemäß ihren spezifischen Bedürfnissen mitgestalten können.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

In einem ersten Schritt wollen wir kurzfristig das Thema Beteiligung aufgreifen und mit den Jugendverbänden und den Jugendlichen über mögliche Beteiligungsformate diskutieren. Daran sollen sich Workshops anschließen, die sich damit befassen, ob in Braunschweig ein Jugendparlament eingerichtet werden soll oder welche Beteiligungsformate künftig weiter ausgebaut werden sollen.

Im Jugendhilfeausschuss wollen wir verschiedene Modelle von Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel das „Wiener Modell“, diskutieren. Außerdem wollen wir die Einrichtung eines Beteiligungsbüros für Jugendliche prüfen.

Zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen setzen wir uns dafür ein, dass künftig alle Kinder und Jugendliche betreffenden Ratsbeschlüsse im Rahmen des Gremienlaufs stets auch im Jugendhilfeausschuss vorberaten werden. Hierbei sind insbesondere die Beschlüsse zu nennen, die Kinderspielplätze, Jugendplätze oder Kinder- und Jugendsportplätze betreffen.

SOZIALES UND GESUNDHEIT

Altenhilfe- und Pflegeplanung

Mit dem demografischen Wandel steigt der Anteil an älteren und perspektivisch pflegebedürftigen Menschen auch in Braunschweig stetig an. Zugleich möchten die meisten Menschen gerne in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben. Im Rahmen der 2021 neu erstellen Altenhilfe- und Pflegeplanung ist ein Maßnahmenkatalog entstanden, den wir schrittweise in die Umsetzung bringen wollen. Dabei soll die Orientierung an einer quartiersbezogenen Versorgungsstruktur einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen eine Koordination zur Umsetzung der Altenhilfe- und Pflegeplanung schaffen, die die Prozesssteuerung und Weiterentwicklung des Planungsprozesses verantwortet, wesentliche Akteure vernetzt, Umsetzungsschritte koordiniert und in die Wege leitet, Abstimmung zwischen den Verantwortlichen in-

nerhalb und außerhalb der Verwaltung organisiert und herbeiführt sowie eine jährliche Ergebnisdokumentation erstellt, die den entsprechenden Gremien vorgestellt wird.

Innerhalb der Verwaltung wollen wir geeignete Organisationsstrukturen schaffen, um den Maßnahmenkatalog erfolgreich abzarbeiten.

Kommunaler Aktionsplan Inklusion

Anliegen der UN-Behindertenrechtskonvention ist es, die volle und wirksame Teilhabe (Inklusion) von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und umzusetzen. Inklusion betrifft damit sowohl den privaten Sektor als auch den öffentlichen Bereich. Inklusion in allen Lebensbereichen ist demnach eine große Herausforderung an eine Stadtgesellschaft wie Braunschweig, die als langfristiger Prozess verstanden und angelegt sein muss.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention zu erreichen, setzen wir uns für eine konsequente Umsetzung des im Jahr 2021/2022 in den Ratsgremien der Stadt Braunschweig präsentierten kommunalen Aktionsplans ein.

Integration und Migration

Braunschweig ist eine Stadt der Vielfalt. Mittlerweile leben in Braunschweig Menschen aus über 170 Nationen. Sie leben und arbeiten hier und sind fester Bestandteil der Stadtgesellschaft. Migrant*innen sollen an gesellschaftlichen Prozessen und politischen Entscheidungen stärker partizipieren.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen die vorliegenden Konzepte der Integrationsplanung zusammenführen und weiterentwickeln. Das bisherige Zuwanderungskonzept werden wir dazu überarbeiten und konkretisieren. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass zur Prozessbegleitung entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Den bisherigen Ausschuss für Integration wollen wir umbenennen in Ausschuss für Vielfalt und Integration. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Migrantenorganisationen im Ausschuss wollen wir stärken und dem Ausschuss zudem mehr Beschlusskompetenzen gewähren. Wir planen zudem, eine eigene Verwaltungseinheit „Vielfalt, Zuwanderung, Demokratie“ zu schaffen. Dabei leitet uns die Vorstellung einer „Willkommensbehörde“.

LSBTI*

In Braunschweig sollen sich alle Menschen wohlfühlen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Abstammung, sexueller Identität und Orientierung oder anderer Merkmale. LSBTI*-Personen sollen selbstverständlicher Teil der Gesellschaft werden. Sie sollen die Möglichkeit haben, sichtbar, offen und ohne Ängste zu leben. Die Stadt soll Hindernisse, die dem entgegenstehen beseitigen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen die bestehende Koordinationsstelle LSBTI* fortführen und auf eine volle Personalstelle ausbauen.

Wir wollen erreichen, dass ein Bürgermitglied als Vertreter*in der queeren Community zukünftig im Ausschuss für Vielfalt und Integration oder im Ausschuss für Soziales und Gesundheit vertreten ist.

Wohnungslosenhilfe

Auch in Braunschweig leben Menschen, die keine eigene Wohnung haben und nicht selten weitere Problemlagen zu bewältigen haben wie Schulden, Sucht, allgemeine Gesundheitsprobleme oder psychiatrische Erkrankungen. Darunter sind Personen, für die die bestehenden Angebotsstrukturen nicht passend oder unzureichend sind. Die Situation der Wohnungslosen wollen wir durch intensivere teils aufsuchende Betreuung und spezielle Unterbringungsformen bei besonderen Anforderungen verbessern.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen eine Neukonzeption für die Wohnungslosenhilfe erreichen. Dabei soll insbesondere ein Angebot für sogenannte „Systemsprenger“ in der Wohnungslosenhilfe entwickelt werden.

Nachbarschaftszentren

In dem umfassenden und integrierten Stadtentwicklungskonzept für Braunschweig „Denk Deine Stadt“ spielt die Förderung von Nachbarschaften im Quartier eine zentrale Rolle. Wir wollen die Quartiere stärken, um die Gemeinschaft, das Zusammenleben und die Solidarität der Braunschweiger*innen zu fördern. Den weiteren Prozess des Nachbarschaftszentrenkonzeptes werden wir zügig voranbringen und in einen Handlungs- und Umsetzungsplan überführen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Leitlinien zu den Nachbarschaftszentren bis Frühjahr 2022 im Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorgestellt und anschließend vom Rat verabschiedet werden.

Wir wollen erreichen, dass danach ein konkreter Bedarfsplan mit Vorschlägen für zu priorisierende Schaffungen von Nachbarschaftszentren erstellt und beschlossen werden kann.

Wir streben einen Standard von einem Nachbarschaftszentrum pro 20.000 Einwohner*innen an. Je nach Ergebnis der Bestands- und Bedarfsermittlung werden wir die Nachbarschaftszentren kontinuierlich bis 2030 ausbauen.

Armutslagen in der Stadt

Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Die familienorientierten Frauen weisen lange ehe- und sorgebedingte Erwerbsunterbrechungen auf. Ein dauerhafter Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und der Aufbau ausreichender eigenständiger Rentenansprüche gelang und gelingt vielen Frauen nicht: Für die Zukunft, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen, wird mit zusätzlichen Risikogruppen, wie Personen mit jahrzehntelanger prekärer Beschäftigung und löchrigem Erwerbsverläufen sowie langjährigen Geringverdienern, gerechnet. Sie sind nicht nur von den Umbrüchen am Arbeitsmarkt, sondern auch von den seit 2001 erfolgten Rentenkürzungen betroffen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen analog zum Handlungskonzept gegen Kinderarmut ein erweitertes Handlungskonzept gegen allgemeine Armutslagen, insbesondere auch die Altersarmut, etablieren.

Gesundheitsplanung

Kommunen tragen maßgeblich die Verantwortung für die ressortübergreifende Steuerung der gesundheitsförderlichen Entwicklung von Lebenswelten. Wir bestärken den öffentlichen Gesundheitsdienst darin, die soziale Gerechtigkeit und gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern, indem wir mehr Public-Health-Fachkräfte zur operativen Verstärkung fordern.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein gesamtstädtisches Gesundheitskonzept erarbeitet wird, das sowohl präventive Maßnahmen, eine umfassende Gesundheitsplanung und Monitoring beinhaltet, als auch den Umgang mit pandemischen Lagen abbildet.

Demokratieförderung

Das Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung sowie die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten wollen wir als ständige Aushängeschilder unserer Stadt weiter ausbauen. Für uns haben Rassismus, Rechtspopulismus, Extremismus und Antisemitismus in Braunschweig keinen Platz.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen die Arbeit gegen Rechtsextremismus durch aktive Beteiligung am Runden Tisch gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung stärken und eine Stelle zur Extremismus-Prävention einrichten. Wir planen zudem, eine eigene Verwaltungseinheit „Vielfalt, Zuwanderung, Demokratie“ zu schaffen.

Beratung, Schutz und Hilfen für gewaltbetroffene Frauen in Braunschweig

Die Istanbul-Konvention zeigt einen detaillierten Fahrplan, der alle notwendigen Aspekte beleuchtet, die zur Verwirklichung einer Gesellschaft notwendig sind, in der Frauen und Männer, Jungen und Mädchen gleichberechtigt und unversehrt an Körper und Seele leben. Der Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention wird für Braunschweig systematisch geprüft.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Darauf aufbauend wollen wir ein sinnvolles Konzept entwickeln, um Lücken in der Versorgung zu schließen. Sollte sich aus der durchzuführenden Evaluation ein erhöhter Bedarf an Frauenhausplätzen ergeben, wollen wir ein sinnvolles Schutzstufenkonzept entwickeln (von hohem Schutz bis Übergang in eigene Wohnung) und die Auslastung der Frauenhäuser in der Region dabei berücksichtigen.

Themenfeld Stadtplanung, Verkehr und Umwelt

Braunschweig soll eine noch lebenswertere Stadt werden. Dafür ist besonders eine nachhaltige Stadtentwicklung notwendig, welche sich auf die Schwerpunkte ökologische Transformation, soziale Verantwortung und gesunde wirtschaftliche Entwicklung bezieht. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lassen sich von dem Ziel leiten, die Stadt bis 2030 klimaneutral zu machen. Gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen, besonders bei der Bewältigung der Wohnraumknappheit sowie bei der sozioökologischen Mobilitätswende. In der kommenden Ratswahlperiode werden wir die Weichen stellen, um eine zukunftsfeste Entwicklung sicherzustellen und dem Klimawandel und seinen Folgen zu begegnen. Der Bezugsrahmen dafür wird der ambitionierte Klimaschutzplan 2.0, der fachbereichsübergreifend zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vorschlägt. Die gemeinsamen Grundsätze in den Bereichen Stadtplanung, Umwelt und Verkehr ergänzen sich gegenseitig mit dem Ziel einer lebendigen, modernen, vielfältigen Stadt, in der alle Menschen in Braunschweig gerne leben.

STADTENTWICKLUNG

Wir wollen eine Stadtentwicklung, die den Bedürfnissen aller Menschen in Braunschweig gerecht wird. Mit der klimagerechten Bauleitplanung verfolgen wir insbesondere die Ziele einer Stadt der kurzen Wege sowie einer klima- und flächenschonenden Bebauung und Nachverdichtung.

Bodenpolitik und Bauleitplanung

Wir werden den baulandpolitischen Grundsatzbeschluss weiter konkretisieren, um den Zielen einer verbesserten Bodenvorratspolitik und bezahlbaren Wohnens schnell näher zu kommen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen die klimagerechte Bauleitplanung weiterentwickeln und grundsätzliche gemeinsame Standards, zum Beispiel für Photovoltaikanlagen, Energieversorgung, Dach- und Fassadenbegrünung, Stellplätze, Fahrradabstellanlagen sowie Sharing-Angebote, definieren.

Auf Grundlage des baulandpolitischen Grundsatzbeschlusses wollen wir die Gründung einer städtischen Projektentwicklungs- und Baugesellschaft prüfen.

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete wollen wir verstärkt auf das Prinzip der Konzeptvergabe setzen – und dabei auf hohe Standards im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaverträglichkeit.

Die Quote für die Errichtung preisgebunden und bezahlbaren Wohnraums bei neuen Bauvorhaben soll auf 30% erhöht werden, bei gleichzeitiger Sicherung von Wohnungen im mittleren Preissegment.

Wir geben dem Geschosswohnungsbau den Vorzug, um die Stadt kompakt und flächensparend weiterzuentwickeln. Im Neubau wollen wir grundsätzlich den Passivhaus-Standard oder besser erreichen.

Wir wollen Flächenversiegelung minimieren und streben in der Gesamtbilanz mehr Entsiegelung an.

Infrastruktur und Lebensqualität im Quartier

Wir wollen mehr Grün im Stadtbild, auch durch Dach- und Fassadenbegrünung, und entsprechende Projekte im Innenstadtbereich anstoßen.

Wir wollen ökologisch wertvolle öffentliche Grün- und Freiräume erhalten und aufwerten sowie sicherstellen, dass der freie Zugang zu Naturerlebnis und Naherholung für alle ermöglicht wird.

Damit alle Menschen die Güter des täglichen Bedarfs und der Grundversorgung in ihrem Quartier kaufen können, wollen wir das Nahversorgungskonzept in diesem Sinne überprüfen.

VERKEHRSPANUNG

Eine Stadt der kurzen Wege reduziert den Verkehr, sichert die Zukunftschancen unserer Löwenstadt und trägt erheblich zur Lebensqualität ihrer Bürger*innen bei. Der Ausbau einer bedarfsgerechten, barrierefreien, elektrifizierten und regional vernetzten Verkehrsinfrastruktur ist einer der Schwerpunkte unserer Politik. Den flächenzehrenden motorisierten Individualverkehr (MIV) wollen wir zugunsten des Umweltverbundes reduzieren. So wollen wir erreichen, dass möglichst viele Wege in der Stadt problemlos zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurückgelegt werden können.

Motorisierter Individualverkehr

Wir wollen in der Stadt und der Region attraktive Mobilitätsketten schaffen, die die Erreichbarkeit der Innenstadt im Umweltverbund stärken und den motorisierten MIV reduzieren.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Bestehende überdimensionierte Verkehrsflächen sollen für andere Nutzungen zurückgewonnen werden, um den öffentlichen Raum attraktiver zu machen.

Wir setzen uns für eine stadtweite Parkraumbewirtschaftung und ein verbessertes, digital gestütztes Parkraummanagement ein, um eine Reduzierung des Parksuchverkehrs und der damit verbundenen CO₂-Emissionen zu erreichen.

Wir werden ein Modellprojekt „Autoarmes Quartier“ in der Stadt auf den Weg bringen und dabei die bereits für das Magniviertel entwickelten Ideen aufgreifen.

Für Neubaugebiete wollen wir effiziente Mobilitätskonzepte entwickeln, die den Stellplatzschlüssel und damit den Anteil des MIV deutlich reduzieren.

Wir setzen uns ein für den bedarfsgerechten Ausbau des Ladesäulennetzes für die fortschreitende Elektrifizierung des MIV.

Wir setzen uns ein für die Entwicklung eines effizienten City-Logistik-Konzepts für den innerstädtischen Lieferverkehr mit dem Ziel der CO₂-Neutralität. Dazu wird die Entwicklung von erforderlichen Umschlagstellen, Mikro-Depots u.Ä. gefördert.

Carsharing und andere neue Mobilitätsdienste im Stadtgebiet wollen wir zum Beispiel durch die Bereitstellung angemessener Flächen unterstützen.

Fußverkehr

Wir wollen allen Fußgänger*innen eine sichere und komfortable Verkehrsteilnahme ermöglichen und das Zufußgehen als elementare Mobilitätsform, insbesondere innerhalb der Quartiere, fördern.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Die Barrierefreiheit von Fußwegen und der normgerechte Ausbau sollen durch Berücksichtigung der entsprechenden Empfehlungen und Richtlinien (z. B. RAS – Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen) verbessert werden.

Wir wollen die Verwaltung mit der Optimierung der Ampelschaltungen für Fußgänger*innen, einschließlich der Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, beauftragen.

Wir wollen die räumliche oder bauliche Trennung von Fuß- und Radwegen, wo sinnvoll, umsetzen.

Radverkehr

Wir bekennen uns zur zügigen und konsequenten Umsetzung der Beschlüsse des Ziele- und Maßnahmenkatalogs für einen besseren Radverkehr aus dem Sommer 2020.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen, dass Gefahrenstellen im Radverkehrsnetz mit Priorität beseitigt werden. Die erste Veloroute soll bis spätestens 2024 fertiggestellt sein.

Wir setzen uns im Regionalverband Großraum Braunschweig für eine beschleunigte Realisierung der Rad-schnellwege nach Wolfenbüttel, Salzgitter-Thiede und Wolfsburg ein.

Wir wollen konkrete Vorplanungen für die Erweiterung des Radverkehrsnetzes ermöglichen und die erforderlichen Ressourcen im Haushalt bereitstellen.

Wir wollen Verbesserungen in Qualität und Sicherheit der Braunschweiger Fahrradstraßen erreichen und entsprechende Maßnahmen prüfen. Wir setzen uns für einen fahrradgerechten Schluss des Wallrings im südlichen Innenstadtbereich ein.

Öffentlicher Personennahverkehr

Wir setzen auf den ÖPNV als Rückgrat der Mobilitätswende auf kommunaler Ebene und wollen seinen Ausbau mit hoher Priorität voranbringen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Um den Wechsel auf den ÖPNV zu erleichtern, soll das Angebot durch schnellere Taktung, mehr Komfort, eine bessere intermodale und digitale Vernetzung sowie durch gut gestaltete Fahrzeuge mit ausreichend Platz für Kinderwagen und Fahrräder verbessert werden.

Wir wollen die Busflotte der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) auf vollständigen Elektroantrieb umstellen.

Wir bekennen uns zur vollständigen Umsetzung des Stadtbahnausbaukonzeptes.

Wir wollen prüfen, wo und wie ein schienengebundenes ÖPNV-Angebot über die Stadtgrenzen hinaus möglich ist. Wir setzen uns für die Schaffung der zusätzlichen Haltepunkte Bienrode, Leiferde und Braunschweig-West zur Anbindung an den regionalen, schienengebundenen Nahverkehr ein.

Mithilfe geeigneter Maßnahmen, wie zum Beispiel Vorrangschaltungen oder Busspuren, wollen wir den ÖPNV im Stadtverkehr bevorzugen sowie die Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit für Straßenbahnen und Busse verbessern.

Der Ausbau von Haltestellen zur inklusiven und barrierefreien Nutzung des ÖPNV soll verstärkt werden.

Wir fördern die Entwicklung innovativer ÖPNV-Konzepte von Klein- oder Rufbussen zur flexiblen Anbindung der Stadtrandbereiche.

Das BS-Mobil-Ticket soll zur regionsweiten Nutzung für Braunschweig-Pass-Inhaber*innen zu einem günstigen Preis erweitert werden. Die (ggf. stufenweise) Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende in der Stadt Braunschweig werden wir prüfen.

Wir wollen eine Weiterentwicklung des Angebots gut ausgebauter P+R-Plätze an allen wichtigen Braunschweiger Einfallstraßen sowie deren preisgünstige ÖPNV-Anbindung an die Innenstadtbereiche prüfen.

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, die Artenvielfalt in Tier- und Pflanzenwelt verbessern und so der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht werden. Zahlreiche Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sollen helfen, dieses Ziel zu erreichen. Zu den großen CO₂-Emittenten gehören aktuell noch das Heizkraftwerk Mitte, der motorisierte Verkehr und das Heizen von Gebäuden. Um in diesen Bereichen große Erfolge in der Reduzierung von klimaschädlichen Gasen zu erreichen, sind weitreichende Maßnahmen notwendig, die einer guten Information und Kommunikation in die Bevölkerung bedürfen.

Die klimaneutrale und klimafeste Stadt

Wir wollen, dass Braunschweig so schnell wie möglich klimaneutral wird und werden dafür die Umsetzung des Klimaschutzplans 2.0 finanziell und personell absichern.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Wir wollen, dass die Wärmeversorgung der Braunschweiger Gebäude weitgehend unabhängig von fossilen Energieträgern wird.

Wir wollen bisher versiegelte Flächen wie z. B. den Schlossplatz teilbegrünen, um übermäßige sommerliche Temperaturanstiege zu vermindern und zugleich die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum spürbar zu verbessern.

Als Klimaanpassungsmaßnahme wollen wir das Hochwasserschutzkonzept überprüfen und ggf. zusätzliche Maßnahmen entwickeln und bündeln.

Ökologie und Grünflächen

Wir setzen uns für die Realisierung von Pocketparks gemäß der Analyse geeigneter Potenzialflächen ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass innenstadtnah zusätzliche Flächen für Urban-Gardening-Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Für Ausgleichsflächen wollen wir in Zusammenarbeit mit kundigen Bürger*innen und Naturschutzverbänden Pflegekonzepte entwickeln, die die ökologische Wertigkeit schützen und verbessern.

Wir wollen, dass Verluste im städtischen Baumbestand, wie sie in den letzten Jahren durch Stürme und Trockenheit entstanden sind, schnellstmöglich ersetzt werden. Wir wollen ein Konzept entwickeln, das den Baumbestand in Braunschweig erhält und erweitert.

Die Bewirtschaftung von Waldflächen im Stadtgebiet wollen wir in Zusammenarbeit mit den Eigentümer*innen auf das sog. Lübecker Modell der naturnahen Waldwirtschaft umstellen.

Wir wollen eine Ausweitung des bisherigen Waldankaufprogramms, um in bisher vollständig bewirtschafteten Waldbeständen Altholzinseln zu schaffen und diese als Naturschutzflächen zu sichern.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei Vertragsänderungen oder Neuverpachtung von städtischem Ackerland die Bewirtschaftung nach den Kriterien des Ökolandbaus zur Regel wird.

Tierschutz und Artenvielfalt

Wir wollen die Artenvielfalt im Stadtgebiet sichern und fördern, indem wir Lebensräume für Pflanzen und Tiere erhalten und neu schaffen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Dem Modell der Naturschutzbeauftragten folgend, wollen wir nach Möglichkeit einen oder mehrere ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte für Braunschweig etablieren.

Das Stadttaubenkonzept der Stadt wollen wir fortführen und weiterentwickeln sowie in diesem Zusammenhang prüfen, ob dieses Konzept um Anforderungen für das Fliegenlassen von zum Beispiel Hochzeits- tauben erweitert werden kann.

Wir wollen das Projekt „Hauptstadt für Wildbienen“ fortsetzen und durch insektenfreundliche Begrünung sowie die Schaffung von Brut- und Nistplätzen unterstützen.

Themenfeld Sport, Ordnung und Kultur

KULTUR

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Kultur in Braunschweig weiterhin angemessen gefördert wird. Neben der weiteren Arbeit am Kulturentwicklungsprozess ist ein wichtiger Punkt, dass den Kulturschaffenden der Zugang zu Fördermöglichkeiten vereinfacht wird. Neben den Förderungen ist zudem wichtig, die kulturelle Infrastruktur auszubauen.

Ein zentrales Thema der Kulturpolitik ist der Kulturentwicklungsprozess. Wir befürworten die Entwicklung eines kulturpolitischen Leitbildes für Braunschweig im Rahmen des Kulturentwicklungsprozesses. Wir wollen uns intensiv mit diesem Leitbild beschäftigen und daraus konkrete Umsetzungsmaßnahmen entwickeln.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Kulturförderung

Die Förderung der Kunst und Kultur soll auf hohem Niveau fortgeführt werden. Die Dynamisierung der Kontinuitätsförderung wird beibehalten. Die Förderungsrichtlinien werden mit dem Blick auf Passgenauigkeit, Vereinfachung und Entbürokratisierung überarbeitet. Wenn es möglich ist, wollen wir Mindesthonorare bei Veranstaltungen der Stadt und bei Förderungen festsetzen.

Kulturverwaltung und Servicestelle

Es sollen Leitlinien für die Kulturverwaltung erarbeitet werden, wobei eine deutliche Schwerpunktsetzung der Kulturverwaltung zu einer steuernden, moderierenden und vernetzenden Funktion in der Kulturlandschaft vorgenommen wird. Ein Zentrum für Beratung, Kommunikation und Vernetzung wird eingerichtet, das als Servicenetzwerk arbeitet. Es wird getragen von der Kulturverwaltung und dem Kulturbereich und erhält einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt in der Innenstadt („Kulturkümmerei“).

Kulturrat

Wir begrüßen ein eigenständiges Gremium der Kulturschaffenden in Form eines Kulturrats, dem ein eigener Sitz im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zusteht. Die Stadtverwaltung soll den Kulturrat aktiv unterstützen und begleiten, zum Beispiel durch Starthilfe und Zurverfügungstellung von Infrastruktur.

Kulturelle Infrastruktur

Wir wollen die kulturelle Infrastruktur stärken, indem wir u. a. die Einrichtung einer analogen oder digitalen Raumvermittlungszentrale unterstützen, die bei der Suche nach oder Vermittlung von Veranstaltungsorten für alle selbstorganisierten kulturellen Aktivitäten und Projekten hilft. Sie soll zudem bei der Suche nach Proberäumen und Treffpunkten oder auch dauerhaft nutzbaren Räumen unterstützen und im Sinne einer Agentur für Zwischennutzung leerstehende Räume zur vorübergehenden Nutzung an Kulturschaffende vermitteln. Ferner sollen ein Atelierförderprogramm und ein Förderprogramm für Übungs- und Proberäume (Musik- und Tanzszene) die Planung von Atelier- und Kreativhäusern unterstützen. Ein weiterer wichtiger Baustein für die kulturelle Infrastruktur ist, dass wir die Entwicklung eines kulturellen Freiflächenkonzepts beauftragen, in dem ein Festivalgelände im Stadtgebiet ausgewiesen wird. Nicht zuletzt gilt es, die Entwicklung von kulturellen Einrichtungen zu Treffpunkten und Kommunikationsorten zu unterstützen, sodass lebendige „dritte Orte“ entstehen.

Kreative Stadtquartiere

Wir setzen uns für ein gezieltes, von Stadtplanung und Kulturverwaltung entwickeltes Konzept für modellhafte kreative Stadtquartiere ein. Hier verbinden sich Wohnen, Handel und kreatives Gewerbe zu einer lebendigen Mischung. Hier gilt es, unterschiedliche Projekte zu unterstützen. Dazu gehören die rund um die HBK gewachsene Szene im westlichen Ringgebiet, das Modellprojekt „Bahnstadt“ mit dem Projekt „Die H_LLE“, der Campus Nord mit dem CoLiving Campus als einem lebendigen Reallabor. Zudem soll die Innenstadt durch gezielte Förderung kultureller Aktivitäten im öffentlichen Raum gestärkt werden.

Musikschule als Zentrum für Musik

Wir wollen eine neue städtische Musikschule vordringlich am Großen Hof innerhalb dieser Ratswahlperiode errichten. Die zusätzliche Angliederung von Übungs- und Proberäumen und einer Restauration soll geklärt werden – die Prüfung für die Realisation eines Kreativorts und zwanglosen Kommunikationsortes mit der Qualität eines sog. dritten Ortes soll vorgenommen werden.

Nach einer Bedarfsprüfung über Art und Größe eines Veranstaltungssaales, soll darauf basierend ein inhaltliches Konzept für einen multifunktionalen und skalierbaren Saal, der an die Musikschule angebunden ist, erarbeitet werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen inklusive Folgekosten sollen durch ein Gutachten untersucht werden.

ORDNUNG UND FEUERWEHR

Wir werden weiterhin alles dafür tun, eine schnelle Rettung im Notfall zu ermöglichen und die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und zu verbessern. Bei den Feuerwehren ist es wichtig, die Infrastruktur zu modernisieren. Das betrifft zum einen den Um- und Neubau verschiedener Wachen, zum anderen auch die digitale Optimierung von Hilfen.

Wir wollen zudem unsere Stadt für alle Menschen sicherer und lebenswerter machen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, rechtsextreme Übergriffe zu verhindern und vulnerablen Gruppen Schutzräume zu bieten. Außerdem wollen wir das Ehrenamt weiter stärken.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Sicherheit und Ordnung

Wir wollen einen präventiv ausgerichteten kommunalen Arbeitskreis „Sicherheit und Ordnung“ in einem modernen Beteiligungsformat einrichten. Es sollen verschiedene Perspektiven der Sicherheit berücksichtigt werden, deshalb sollen u. a. Polizei, Feuerwehr, Gleichstellungsreferat, Antidiskriminierungsstelle und die neu einzurichtende Stelle des*der Nachtbürgermeister*in beteiligt werden. Für den*die Nachtbürgermeister*in ist ein geeignetes Konzept zu entwickeln.

Um das Sicherheitsgefühl in der Stadt Braunschweig für alle zu verbessern, wollen wir wesentliche Lücken in der Straßenbeleuchtung identifizieren und umweltverträglich ausbessern. Das Konzept „Luisa ist hier“ soll auch in Braunschweig etabliert werden.

Feuerwehr

Wir bringen den Neubau einer Nord- und einer Südwestwache als Standorte für Berufsfeuerwehr und Ausbildungswache auf den Weg und sorgen für eine Fortschreibung der bedarfsgerechten Sanierung der Feuerwehrhäuser in den Stadtteilen. Zudem wollen wir Zusammenschlüsse von freiwilligen Feuerwehren unterstützen.

Wir wollen eine regionale Kooperation zur Entwicklung einer Alarm-App für Hilfskräfte in die Wege leiten und das Defikataster für Defibrillatoren bekannter machen. Dabei soll überprüft werden, ob eine Einbindung in die Braunschweig-App möglich ist.

Plakatierung

Wir wollen Alternativen finden, wie im Wahlkampf plakatiert werden kann – im letzten Wahlkampf hingen erheblich zu viele Plakate. Wir prüfen zum Beispiel die Einführung einer Höchstzahl an genehmigten Plakaten und zentral durch die Stadt verwaltete Plakatwände.

Demokratie und Engagement

Wir bekennen uns klar gegen jede Form des Rechtsextremismus. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung werden wir alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, um die Bevölkerung optimal zu schützen. Wir unterstützen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Wir setzen uns für eine zentrale Anlaufstelle für Demokratie und Vielfalt ein.

Ehrenamt

Wir wollen das Ehrenamt weiter stärken und Hürden abbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ehrenamtskarte ausgeweitet wird. Wir richten einen Runden Tisch zum Ehrenamt ein.

SPORT

Braunschweig ist die Sportstadt Nummer eins in Niedersachsen. Ob im Freien oder in der Halle, ob Team- oder Einzelsportart – es ist unser Anspruch, den Sport in der Stadt, insbesondere über die Vereine, zu unterstützen, um den Menschen Bewegung und Ausgleich zu ermöglichen. Wir bekennen uns zu den Zielen des Sportentwicklungsplans und werden uns in der beginnenden Ratswahlperiode dafür einsetzen, Sportstätten angemessen auszubauen und Förderung und Unterstützung möglichst unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Förderung

Im Rahmen der Sportförderung werfen wir einen Blick auf die Notwendigkeit, die Folgen der Pandemie für Vereine abzufedern. Ebenso wie bei den Förderkriterien des Bunds muss auch die kommunale Entwicklung dahingehen, dass Vereine profitieren, die durch ihre Vereinsarbeit Gewaltprävention leisten. Um Schutzkonzepte im Sport zu etablieren, benötigt es gezielte finanzielle Förderung und Beratung, die in den Sportförderrichtlinien Niederschlag finden sollen.

Sportstätten

Wir wollen das hohe Niveau bei Sportanlagen halten und dort, wo Defizite sind, Sportanlagen und die Qualität ausbauen. Wir wollen zudem den Ausbau von öffentlich zugänglichen Outdoor-Sportanlagen voranbringen und die Zahl der Flächen erhöhen – unter Beteiligung der Nutzer*innen.

Wir wollen geeignete Schulsportanlagen für die Öffentlichkeit zugänglich machen und darüber hinaus die Kooperation von Vereinen und Schulen unterstützen.

Verwaltungsmodernisierung

Im Zuge der Neuaufstellung der Stadtverwaltung setzen wir uns dafür ein, dass die Sportverwaltung ein

zentraler, alleiniger Ansprechpartner („One Stop Agency“) für Sporttreibende und den organisierten Sport ist, zum Beispiel bei der Planung von Sportevents, Belegung von Kapazitäten oder der Vergabe von Fördergeldern. Hierfür ist es wichtig, dass die Sportverwaltung angemessen ausgestattet wird.

Themenfeld Wirtschaft, Energie und Digitales

WIRTSCHAFT

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zum Wirtschaftsstandort Braunschweig und werden ihn in den nächsten fünf Jahren gezielt weiterentwickeln. Dabei wird insbesondere das Zusammenwirken von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften sowie universitären und außeruniversitären Bildungseinrichtungen im Mittelpunkt stehen müssen, um sich gemeinsam insbesondere für die Sicherung und Schaffung von fair bezahlten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen einzusetzen. Eine zukunftsfähige Wirtschaft muss in ihrem eigenen Interesse immer auch Umwelt-, Natur- und Klimaschutzbelange im Blick haben. Dazu braucht die Wirtschaft eine Transformations-Strategie, die in enger Abstimmung mit allen relevanten Akteur*innen erarbeitet werden muss.

Weitere Schwerpunkte der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung sollen bei der Digitalisierung, der Etablierung neuer zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und der Förderung von Branchen mit hohem Innovationspotenzial liegen. Insbesondere hierbei ist eine engere Zusammenarbeit mit den in Braunschweig ansässigen Forschungseinrichtungen anzustreben, um die Erkenntnisse aus der Spitzenforschung für die Stadt und den Wirtschaftsstandort besser nutzen zu können.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Stärkung und Neuausrichtung der Braunschweiger Innenstadt

Auch die Braunschweiger Innenstadt wird in den nächsten Jahren einen Transformationsprozess durchlaufen müssen, der die Nachwirkungen der Corona-Pandemie ebenso in den Blick nimmt wie die Auswirkungen des Klimawandels und ein verändertes Einkaufsverhalten durch den Online-Handel. Dabei soll die Innenstadt zu einem Erlebnisraum werden, der sowohl Handel und Kulturangebote als auch Wohnen und Arbeiten miteinander verknüpft.

Fachkräftemangel entgegenwirken

Politik und Verwaltung müssen eng mit den Kammern, den berufsbildenden Schulen, den Hochschulen und den regionalen Bildungsträgern zusammenarbeiten, um gezielt Fachkräfte auszubilden und in der Region zu halten. Ein besonderes Augenmerk muss dabei der Stärkung von Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich „grüner“ Technologien, gelten.

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir werden den Dialog mit Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmervertretungen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Flexibilisierung der Arbeitswelt führen. Ein großes Potenzial sehen wir in weiblichen Fachkräften, für die wir gleichberechtigte Karrierechancen realisieren wollen. Ein Hebel liegt für uns darin, die familiäre Verantwortung von Männern in Erziehung und Pflege bei Personalentscheidungen anzuerkennen. Der Stadt Braunschweig kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

Entwicklung von Gewerbeflächen

Die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen muss sich an höchstmöglichen Standards in Bezug auf Nachhaltigkeit, sparsamem Flächenverbrauch, Nutzung regenerativer Energien, Verwendung ökologischer Baumaterialien und ressourcenschonender Verkehrsanbindung orientieren. Die Nachnutzung und Reaktivierung ungenutzter Flächenpotenziale hat bei der Entwicklung von Gewerbeflächen für uns oberste Priorität.

DIGITALISIERUNG

Um Braunschweig zukunftssicher zu machen, werden SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Digitalisierung aller Bereiche in den nächsten Jahren konsequent vorantreiben und aus Braunschweig eine wirkliche „Smart City“ machen. Dazu gehören der Ausbau der technischen Infrastruktur (Breitband, 5G etc.) und der entsprechenden Netze. Es gilt aber auch deutlich zu machen, welche enormen Chancen die Digitalisierung bietet, ohne die Risiken zu verschweigen. Nur so wird es gelingen, die Bürger*innen in diesen Prozess einzubinden, sie mitzunehmen und zu motivieren.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Digitalisierung der städtischen Angebote

Alle Antragsverfahren und Dienstleistungen der Verwaltung, die für Braunschweiger*innen zur Verfügung stehen, sollen, sofern technisch und rechtlich möglich, auch digital genutzt werden können. Das vereinfacht sowohl die Abläufe in der Verwaltung als auch den Prozess für Antragsteller*innen.

Datenschutz und IT-Sicherheit

Städte müssen vorbildlich mit den Daten ihrer Einwohner*innen umgehen. Je digitaler die Stadtverwaltung wird und je mehr Daten digital verarbeitet werden, desto wichtiger wird die Aufgabe, diese zu schützen. Die IT-Sicherheit in öffentlichen Einrichtungen und Organisationen wollen wir deshalb durch umfassende Schutzkonzepte stärken.

Digitales Arbeiten in der Verwaltung

Die Angebote für Mitarbeiter*innen, mit moderner Technik und flexibel arbeiten zu können, sollen in den nächsten Jahren bedarfsgerecht ausgebaut werden. Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie soll in angemessenem Umfang die Möglichkeit geboten werden, im Homeoffice zu arbeiten. Wir werden den dazu erforderlichen Ausbau der Technik und die entsprechende Schulung der Mitarbeiter*innen unterstützen.

Smart-City-Forum

Wir unterstützen die Planungen der Stadtverwaltung zur Einrichtung eines Smart-City-Forums mit Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit soll ein intensiver und langfristiger Austausch über die Auswirkungen und Möglichkeiten der Digitalisierung auf die Lebens- und Arbeitswelt ermöglicht werden. Auch soll eine bessere Vernetzung von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft erreicht werden, zum Beispiel bei der Logistik im Verkehrsverbund, von der auch Handwerks- und Gewerbebetriebe profitieren können.

Energie

Um als Stadt mit einem hohen Energiebedarf möglichst schnell klimaneutral werden zu können, müssen wir Sparpotenziale nutzen, Effizienzmaßnahmen prüfen und vor allem einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Dafür ist Braunschweig auch auf Fördermittel von Land und Bund sowie günstige gesetzliche Rahmenbedingungen angewiesen, für die wir uns einsetzen werden. Braunschweig soll Vorreiterin in Sachen nachhaltiger Energieversorgung werden und gemeinsam mit der lokalen Forschung und Wirtschaft an geförderten Innovations- und Investitionsprojekten teilnehmen.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung

Ausbau regenerativer Energien

Der Ausbau der regenerativen Energien muss konsequent und deutlich schneller als in der Vergangenheit vorangetrieben werden. Bei der Entwicklung von Flächen für Wohnbebauung und Gewerbe müssen die Möglichkeiten, verbindliche Vorgaben für Photovoltaik und Erdwärme zu machen, konsequent ausgeschöpft werden. Die Ausbauziele richten sich nach dem Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 der Stadt Braunschweig.

Gründung einer Energiegenossenschaft

Die geplante Energiegenossenschaft der Stadt soll einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Sie soll nicht nur den Ausbau privater und städtischer Photovoltaikanlagen vorantreiben, sondern auch den Ausbau anderer nachhaltiger Energieträger. Zudem soll sie Stromspeicherkapazitäten schaffen. Konkrete Ausbauziele müssen dafür fest in der Energiegesellschaft verankert werden. Wir wollen bei der konkreten Ausgestaltung der Energiegenossenschaft niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten für möglichst viele Bürger*innen vorsehen, damit alle, die das wollen, sich aktiv am Klimaschutz beteiligen können.

Förderprogramm für regenerative Energien

Das Förderprogramm für regenerative Energien war in den letzten Jahren ein großer Erfolg. Viele Bürger*innen haben die Möglichkeit genutzt, mit Hilfe dieses städtischen Förderprogramms zum Beispiel Photovoltaikanlagen oder Speicher zu installieren. Wir wollen dieses Programm weiterentwickeln sowie finanziell aufstocken und damit einen zusätzlichen Anreiz für den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen.

Energieeinsparung

Eingesparte Energie muss nicht erst erzeugt werden und ist daher der beste Weg zur CO₂-Reduktion. Energieeinsparung lässt sich u. a. durch eine gute Wärmedämmung von Gebäuden und energiesparende Geräte realisieren. Deshalb wollen wir unter anderem die Wärmedämmung an öffentlichen Gebäuden ausbauen, bei der Neuanschaffung durch die Stadt energiesparende Geräte kaufen und ein soziales Förderprogramm für die Anschaffung energiesparsamer Geräte aufsetzen. Gleichzeitig wollen wir Energieberatungsangebote für alle Braunschweiger*innen ausweiten.

Haushalt und Finanzen

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für nachhaltige und zukunftsorientierte Investitionen bei verantwortungsvollem Umgang mit den städtischen Finanzen: Wir halten an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts unter den Bedingungen der Doppik fest. Zugleich müssen wichtige Investitionen in die Zukunft vorgenommen werden und drängende, aktuelle Herausforderungen wie die Corona-Pandemie bewältigt werden. Der eingeschlagene Weg der Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung wird fortgesetzt.

Die stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben ist durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltswirtschaft sicherzustellen. Dem Gebot der Generationengerechtigkeit wird dadurch Rechnung getragen, dass Kredite nur für Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden: Nachfolgende Generationen werden so weder mit zu hohen Schulden noch durch eine zerfallende Infrastruktur belastet. Wichtige Zukunftsinvestitionen sind dabei insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur erforderlich.

Von der Möglichkeit eines Doppelhaushaltes nach § 112 Abs. 3 Satz 2 NKomVG soll für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 Gebrauch gemacht werden. Dadurch werden im Jahr 2024 die Verwaltung und die politischen Gremien von dem aufwändigen Verfahren der Haushaltsplanaufstellung und -beratung entlastet, und es entfallen die Phase der vorläufigen Haushaltsführung und das Warten auf die Haushaltsfreigabe. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen insofern die Vorteile eines Doppelhaushalts ausschöpfen und zugleich den Umgang mit einem Doppelhaushalt erproben. Notwendige Anpassungen am Doppelhaushalt im zweiten Jahr können nach Bedarf durch Umsetzungen innerhalb der allgemeinen Deckungsregeln, etwa innerhalb der Budgets der Teilhaushalte, durch über- oder außerplanmäßige Mittelbereitstellung oder den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung erfolgen.

Wir stehen für die Herauslösung der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) aus der NORD/LB, fordern eine selbstständige BLSK und setzen uns bei der Landesregierung dafür ein.